



Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

Die Neue Gesellschaft

1

1983
30. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 6,— DM, Jahresabonnement 48,— DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 12

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Zum Inhalt

Der alte und neue Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff läßt durch sein Ministerium erklären, man habe den jetzt eingetretenen Tiefstand der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik erwartet. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, was mit der „Wende“ alles versprochen worden ist. Zwar hat der Kanzler der Übergangsregierung schnell einiges von dem eingesammelt, was er und seine Wendehelfer vorher freigiebig verteilt hatten, aber schließlich wurde die Ablehnung sofortiger Neuwahlen, wie sie die SPD vorgeschlagen hatte, doch immer wieder mit der Notwendigkeit begründet, schnell etwas zum „Besseren“ wenden zu wollen. Noch in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1983 beschrieb der neue Kanzler sein geistig-politisches Wollen unter der Überschrift „Dringlichkeitsprogramm“ mit: „1. Wir wollen neue Arbeitsplätze schaffen. 2. Wir wollen das soziale Netz sichern. 3. Wir wollen eine menschliche Ausländerpolitik verwirklichen. 4. Wir wollen die Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erneuern.“

Den vierten Punkt scheint die Regierung tatsächlich in die Realität umsetzen zu wollen – ob aber die „erneuerte Grundlage“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sowohl der Behauptung von der Kontinuität als auch den Interessen der Bundesrepublik Deutschland entsprechen, muß doch sehr fraglich sein. Unter diesem Gesichtspunkt stimmen die zahlreichen Widersprüche, die man neuerdings aus den Reihen der konservativen Regierung zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik hören kann, eher tröstlich. Darüber hinaus gibt es ja auch noch die seriöse Chance des 6. März, die neuen Grundlagen nicht allzu alt werden zu lassen.

Wo aber sind die versprochenen neuen Arbeitsplätze? Und wie ist das soziale Netz gesichert worden? Beide Versprechungen haben sich (wie zu erwarten war) als wenig haltbar erwiesen, will man nicht Kürzungen, Streichungen und Umverteilungen zuungunsten der sozial Schwachen als Sicherungsmaßnahmen für das soziale Netz ausgeben. Und die neuen Arbeitsplätze sind wohl bislang auch nur, konzentriert auf den Bonner Raum, im Bereich von Staatssekretären und höherer Ministerialbürokratien entstanden. Das aber ist zu dürftig, um darüber hinwegzutäuschen, daß die erschreckende Entwicklung der Arbeitslosenzahlen durch die neue Regierung keineswegs umgekehrt worden ist, sondern sich sogar noch beschleunigt hat.

Nun wäre es sicherlich falsch und unanständig, alle Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik den neokonservativen Fachleuten der Regierung Kohl oder dem allzu bewährten antik-konservativen Wirtschaftsminister in die Schuhe zu schieben. Auch als im Geißlerschen Sinne eher verbrecherisch gesinnter Sozialdemokrat sollte man so nicht Wahlkampf machen. Aber selbst bei bestem Willen ist nicht zu sehen, wie die Maßnahmen und Beschlüsse der Kohl-Regierung aus den Schwierigkeiten herausführen sollten. Das Gegenteil ist der Fall, wie der Augenschein nun auch in der Bundesrepublik beweist, falls man die Beispiele in den USA und Großbritannien als zu weit weg nicht zulassen mag. Um es mit Herbert Ehrenberg zu sagen: „Die Haushaltsbeschlüsse der Rechtskoalition führen direkt in die Depression.“

Daß es aber nicht damit getan ist, bei den Märzahlen zu versuchen, das rückgängig zu machen, was im Vormärz gesündigt worden ist, beschreibt Wilhelm Hankel. Dem einen oder anderen mögen seine Rezepte zur Überwindung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise radikal erscheinen, das aber ist sicher entschuldbar; die Probleme sind es auch. Ähnliches gilt für die Sozialpolitik. Weitermachen wie bisher, geht nicht – wie immer auch die Wahlen ausgehen werden. Die Bedingungen für eine vernünftige Sozialpolitik haben sich entscheidend verändert, ohne daß deshalb bereits der Rückfall in konservative Phantasielosigkeit gerechtfertigt wäre.

Die Grünen tun sich zur Zeit schwer, nicht nur mit der SPD (s. Martin Winter in NG 12/82), sondern auch damit, ein einigermaßen in sich schlüssiges und zusammenhängendes Wirtschaftsprogramm zu beschließen. Bislang jedenfalls sind sie wenig über eine *Beschwörung des Guten, Wahren und Schönen* hinausgelangt, wobei noch hinzukommt, daß innerhalb der Grünen Partei oder Bewegung noch sehr umstritten zu sein scheint, was denn gute, wahre und schöne Ziele seien. Hans-Joachim Schabedoth und Karl Georg Zinn haben sich die Mühe gemacht, trotz der (noch?) vorhandenen wirtschaftspolitischen grünen Unordnung die Richtungen zu beschreiben, in der diese oder jene die grüne Zukunft gestalten wollen.

Die Berichte aus den „europäischen Ländern“, seit einigen Jahren feste Rubrik in der „Neuen Gesellschaft“, weisen diesmal einen geringeren Umfang auf als bislang. Der Grund ist der Versuch, durch ein Abweichen von der starren monatlichen Erscheinungsweise die jeweiligen Artikel noch mehr auf das Wesentliche zu konzentrieren – also über die Aktualität hinauszugelangen.



INHALTS VERZEICHNIS

| Seite | Autor | Titel |
|---|----------------------------------|---|
| Thema: Wirtschafts- und Sozialpolitik | | |
| 4 | Herbert Ehrenberg | Die Haushaltsbeschlüsse der Rechtskoalition führen direkt in die Depression |
| 8 | Wilhelm Hankel | Die Krise überwinden – aber wie? |
| 12 | Horst Peter | Sozialpolitik vor neuen Herausforderungen |
| 16 | Egon Lutz | Perspektiven der Sozialpolitik |
| 25 | Karlheinz Blessing | Sozialreform statt Leistungsabbau |
| 29 | Hans-Rainer Koch | Technik im Handel – Mehr Risiken als Chancen |
| 36 | Hans-Joachim Schabedoth | Wirtschaftspolitik der Grünen zwischen Utopie und Realitätsbezug |
| 41 | Karl Georg Zinn | Grünes Holz ist zäh – Zur wirtschaftspolitischen Perspektive von Alternativen |
| Wege zum Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie | | |
| 45 | Volker Hauff | Wege zum Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie |
| 48 | Klaus-Michael Meyer-Abich | Kurskorrektur in der politischen Wahrnehmung der Natur |
| 55 | Horst Hochgreve | Umweltkataster als umweltpolitisches Frühwarnsystem |
| Ausländerpolitik aus katholischer Sicht | | |
| 58 | Herbert Leuninger | Ausländerpolitik aus katholischer Sicht |
| 61 | Faruk Sen | Türkische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland und Ansätze zur ihrer Integration |
| Der Grundlagenvertrag ist 10 Jahre in Kraft | | |
| 66 | Wilhelm Bruns | Der Grundlagenvertrag ist 10 Jahre in Kraft |
| 70 | Wolfgang Baer | Die Union in der Verantwortung – Zur Deutschlandpolitik von Helmut Kohl und Rainer Barzel |
| Standortbestimmungen | | |
| 74 | Ditmar Gatzmaga/ Rainer Thiel | Standortbestimmungen |
| Brasilien politische Öffnung | | |
| 80 | Dagmar Luuk | Brasilien politische Öffnung |
| Berichte aus europäischen Ländern | | |
| Die Erweiterung zu einem Erfolg werden lassen | | |
| 83 | Europäische Gemeinschaft | Die Erweiterung zu einem Erfolg werden lassen |
| 84 | Frankreich | Positives und Negatives |
| 85 | Griechenland | Grundzüge der Außenpolitik |
| 86 | Großbritannien | Das neue Labour-Wirtschaftsprogramm |
| 88 | Italien | Hang zum Denken in konspirativen Kategorien |
| 89 | Luxemburg | Gefühl der Hilflosigkeit |
| 90 | | Kritik |



DEUTSCHLAND-POLITIK

Wilhelm Bruns: Der Grundlagenvertrag ist 10 Jahre in Kraft

Dr. Wilhelm Bruns, Jahrgang 1943, ist Leiter der Abteilung Außenpolitik- und DDR-Forschung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn). Veröffentlichungen: Friedliche Koexistenz, Hamburg 1976; Die UNO-Politik der DDR, Stuttgart 1978; Deutsch-deutsche Beziehungen (3., erw. Aufl.), Opladen 1982; Die Uneinigen in den Vereinten Nationen, Köln 1980 (s. a. seine zahlreichen Artikel in der NG).

Voraussetzungen

Bei den Voraussetzungen deutsch-deutscher Politik kann man sich auf einige Stichworte beschränken:

- Deutschland steht unter dem Vier-Mächte-Vorbehalt;
- die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sind Teilstaaten des Deutschen Reiches, von dem die Bundesrepublik behauptet, es bestehe fort, während die DDR dies bestreitet (dies hat weitreichende politische wie rechtliche Folgen);
- die DDR wie die Bundesrepublik sind Kinder des Kalten Krieges.

Weiter sollte auf zwei strukturelle Gegebenheiten hingewiesen werden, die sich als Bestimmungsfaktoren deutsch-deutscher Politik auswirken:

- Es handelt sich bei der DDR und der BRD um zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit verschiedenen Wertvorstellungen und konfrontativer Ideologie;
- beide sind Mitglieder gegnerischer Militärkoalitionen und gehören unterschiedlichen Integrationsystemen wie der EG und dem RGW an.

Insbesondere diese beiden strukturellen Gegebenheiten wollen und können beide deutsche Staaten nicht verändern. Hinzu kommt: Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sind Teil der Ost-West-Beziehungen. D. h. die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist abhängig vom Stand der Ost-West-Beziehungen insgesamt und

wird wesentlich bestimmt durch den Stand der Beziehungen ihrer Führungsmächte UdSSR und USA! Hier muß auf ein kompliziertes Gemisch aus konfrontativen, kooperativen, koexistentiellen, kompetitiven Elementen (4 Ks) hingewiesen werden, das in den deutsch-deutschen Beziehungen seinen Ausdruck in einem verwirrenden Nebeneinander staatlich-diplomatischer Entspannung (Kooperation) und forciert ideologischer Auseinandersetzung (Abgrenzung) findet.

Die Deutsch-deutschen Beziehungen haben eine anerkannte und gute Geschäftsgrundlage

Anerkannte Geschäftsgrundlage der deutsch-deutschen Beziehungen ist der Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 mit seinen Anhängen. Man sollte hier von einer „Gesamtstruktur“ eines Vertragswerkes sprechen, die von der Präambel über die Protokollvermerke bis zu den begleitenden Briefen reicht. Nicht dazu gehört – gegenüber der DDR – das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973, das nur innerstaatlich gilt. Aus diesem Vertragswerk wie aus den zahlreichen Erklärungen von autorisierten Vertretern beider deutscher Staaten läßt sich herausarbeiten, wozu sich die beiden deutschen Staaten politisch und rechtlich verpflichtet haben:

- zum Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung,
- zur Anerkennung bzw. Respektierung des Status quo,
- zur Anerkennung des Systemantagonismus unter Fortsetzung des ideologischen Kampfes sowie operativ
- zur Kooperation auf ausgewählten Gebieten zu beiderseitigem Nutzen und schließlich
- zur Auflösung des Problemhaushalts in nichtverhandlungsfähige Grundkonflikte und praktisch regelbare Fragen, die auf dem Verhandlungswege zu Verträgen und Abkommen führen sollen.

Dieser letzte Punkt ist der Schlüssel zum deutsch-deutschen Verhandlungsansatz. Zum Ansatz und zum Ziel der Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung erklärte Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung nach dem Treffen am Werbellin- und am Döllnsee vor dem Deutschen Bundestag am 18. Dezember 1981: „Die nicht zu behebenden Unterschiede und Gegensätze in grundsätzlichen Fragen müssen durch ein Geflecht des für beide Seiten praktisch Möglichen und Vernünftigen gemildert werden.“

Auf dieser Grundlage gelang es, innerhalb weniger Jahre ein Netz von deutsch-deutschen Verträgen und

Vereinbarungen zu knüpfen, das den Menschen in beiden Teilen Deutschlands zugute kam. Ob es sich um den Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972, um die Pauschalabgeltung von Straßenbenutzungsgebühren vom 31. Oktober 1979, um Vereinbarungen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr vom 25. April 1974 oder um die „Vereinbarung über die Verrechnung der im Post- und Fernmeldeverkehr erbrachten Leistungen“ (1970), um den „Vertrag über Fragen des Verkehrs“ (1972), um „Vereinbarungen über Grundsätze zur Schadensbekämpfung und über die Instandhaltung der Grenzgewässer“ (1971), um das Gesundheitsabkommen (1974) oder um das Post- und Fernmeldeabkommen (1976) handelt – stets ging es um Verträge, deren Gebrauchswert für die Bürger unmittelbar erfahrbar war und ist.

Zu den Ergebnissen dieser „Kontaktpolitik“ gehörten u. a. auch:

- der ungehinderte und freie Verkehr von und nach Berlin über die Transitwege für jährlich 15 Millionen Reisende;
- der Ausbau der Transitwege zu Land und auf dem Wasser;
- weitere vertragliche Absicherung der Existenz West-Berlins;
- ein Journalistenaustausch;
- der Ausbau des Fernsprechnetzes und der Telexleitungen (die Gespräche in West-Ost-Richtung stiegen innerhalb von zehn Jahren von 0,5 Millionen auf über 23 Millionen jährlich);
- eine friedliche Regelung von Grenzproblemen durch eine Grenzkommission;
- innerdeutsche Sportbegegnungen;
- Intensivierung des innerdeutschen Handels;
- Vereinbarungen auf dem Energiesektor.

In bislang dreizehn Bereichen kam es zu vertraglichen Beziehungen. Keine vertragliche Regelung fanden die Gebiete Umweltschutz, Rechts- und Amtshilfe zwischen Gerichten und Staatsanwaltschaften, Wissenschaft und Technik und Kultur. (Streitpunkte sind hier die Einbeziehung Westberlins und die umstrittene Frage der Staatsbürgerschaft.) Der Zustand der deutsch-deutschen Beziehungen nach dem Grundlagenvertrag ist erheblich besser geworden. Besser heißt jedoch nicht gut und normal!

Aus der Verhandlungspolitik in den deutsch-deutschen Beziehungen der 70er Jahre läßt sich so etwas wie eine Erfolgsschoreographie ableiten:

1. Es muß auf beiden Seiten ein Interesse da sein, das homogenisierbar ist bzw. gemacht werden kann.
2. Der Grunddissens (die „Systemfrage“) muß dabei ausgeklammert bleiben.

3. Keine Seite darf die andere überfordern.
4. Wenn unterschiedliche Interessen verknüpft werden sollen, so müssen diese auch verknüpfbar sein. Dies muß für beide Seiten auch erträglich sein.
5. Beide Seiten müssen zu Kompromissen bereit und fähig sein.
6. Die internationalen Rahmenbedingungen dürfen deutsch-deutschen Regelungswünschen nicht entgegenstehen.

Die vier Forderungen von Gera

Werden die vier Forderungen des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, zur unabdingbaren Voraussetzung für Verhandlungen in den deutsch-deutschen Beziehungen gemacht, sind Fortschritte bei Verhandlungen unwahrscheinlich.

Am 13. Oktober 1980 hielt der erste Mann der DDR, Erich Honecker, in Gera eine Rede, die die deutsch-deutschen Beziehungen offenbar auf eine andere Grundlage stellen wollte, als dies im Grundlagenvertrag vereinbart wurde. Sie wurde von ihm auf dem X. Parteitag der SED 1981 in den Rang einer „Prinzipien- und Grundsatzrede“ gehoben. Kern dieser Geraer Rede waren vier Forderungen an die Bundesrepublik:

- Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR,
- Auflösung der sogenannten „Zentralen Erfassungsstelle“, Salzgitter,
- baldige Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe entsprechend dem internationalen Recht,
- Verwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften und Austausch von Botschaftern (was dem Völkerrecht entspreche).

Das Neue waren nicht die Forderungen nach Anerkennung (Stoph sprach am 17. Dezember 1980 vor der DDR-Volkskammer statt von „Anerkennung“ von „Respektierung“, was mehr als eine Nuance ausmacht) der DDR-Staatsbürgerschaft oder die Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter. Das Neue an diesen Forderungen war zweierlei:

- Honecker machte die Erfüllung dieser Statusforderungen zur „unabdingbaren“ Voraussetzung weiterer Normalisierungsschritte in den deutsch-deutschen Beziehungen. Eine solche Position wurde dann schrittweise im Laufe der Zeit von der DDR selbst wieder abgebaut. Heute wird lediglich „Respektierung“ der DDR-Staatsbürgerschaft verlangt und um eine „einvernehmliche“ Elbe-Regelung geworben.
- Schwerer wiegt: Während es mit dem Grundlagenvertrag, dem Schlüsseldokument deutsch-deutscher Beziehungen, vereinbar ist, die ersten drei „Geraer Forderungen“ weiterhin zu erheben, wirft die vierte

Forderung die Frage auf, ob die DDR den Grundlagenvertrag überhaupt noch als Geschäftsgrundlage akzeptiert. Denn dort ist in Artikel 8 lediglich die Rede von Ständigen Vertretern. Aus guten Gründen! Diese Forderung unterscheidet sich von den anderen hier erhobenen dadurch, daß gezielt ein ganzer Artikel des Grundlagenvertrages ausdrücklich zur Disposition gestellt wurde.

Wer die Forderungen der DDR insbesondere in der Geraer Rede von Erich Honecker mit den Bestimmungen des Grundlagenvertrages konfrontiert, stellt unschwer fest, daß die DDR hier Forderungen stellt, die durch den Grundlagenvertrag teilweise beantwortet sind. So steht der Forderung der DDR nach Anerkennung der *Staatsbürgerschaft* die Protokollnotiz gegenüber, wonach diese Frage nicht geregelt ist. Bei der Frage nach der Klärung des Grenzverlaufs auf der *Elbe* kann man sich direkt nicht auf den Grundlagenvertrag beziehen. Diese Frage ist hier nicht geregelt, auch nicht angesprochen. Die Forderung nach Einrichtung von *Botschaften*, also nach Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften, ist eine Forderung, die sich auch im Entwurf Walter Ulbrichts vom Dezember 1969 findet. Eine Aufwertung in Botschaften steht aber in diametralem Gegensatz zum Artikel 8 des Grundlagenvertrages.

Die Forderung der DDR nach Auflösung der *Erfassungsstelle Salzgitter* ist im Grundlagenvertrag nicht geregelt. Die Existenz dieser Stelle war der DDR vor der Ratifizierung des Grundlagenvertrages bekannt. Es ist eine durchaus legitime Forderung von seiten der DDR, die Auflösung dieser Erfassungsstelle zu verlangen, zumal sie mit dem Art. 6 Grundlagenvertrag kollidiert. In diesem Zusammenhang steht stets die prinzipielle Frage: Gilt für all das, was nicht ausdrücklich im Grundlagenvertrag geregelt wird, das Völkerrecht, wie prominente DDR-Völkerrechtler behaupten? Und: Was schreibt das Völkerrecht im einzelnen an Verhalten vor? Auf die deutsch-deutschen Beziehungen bezogen, heißt dies: Nirgendwo steht beispielsweise geschrieben, daß Staaten die Staatsangehörigkeit anderer Staaten ausdrücklich anerkennen müssen. Eine Respektierung reicht aus. Dies aber geschieht bereits.

Die Forderungen der DDR müssen daraufhin geprüft werden, ob sie politisch angemessen und rechtlich einwandfrei sind. Angemessenheit läßt sich im Zusammenhang mit den Verhandlungsmaterien prüfen, im Zusammenhang mit dem Artikel 7 des Grundlagenvertrages. Hier ist nicht zu sehen, in welchem Verhältnis die DDR-Forderung nach Aufwer-

tung der Ständigen Vertretungen in Botschaften etwa zu den Verhandlungen über ein Kulturabkommen oder über ein Abkommen zu Umweltfragen usw. steht. Hier also eine Verknüpfung herzustellen, ist sachlich unangemessen und politisch willkürlich.

Nicht zu bestreiten ist allerdings, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der DDR-Forderung nach Anerkennung der Staatsbürgerschaft und einem Rechtshilfeabkommen. Denn in einem Rechtshilfeabkommen geht es um Bürger, und hier muß eine Regelung gefunden werden, die auch für die DDR annehmbar ist. Erfreulich ist, daß es Erich Honecker vor kurzem in seinem Schlußwort auf der 5. Tagung des ZK der SED unterließ, die Erfüllung der vier Punkte von Gera zur Vorbedingung neuer Vertragsverhandlungen mit der Bundesrepublik zu machen.

Entweder Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik oder gute deutsch-deutsche Beziehungen?

In Reden führender SED-Politiker taucht häufig eine Verknüpfung von zwei verschiedenen Sachverhalten auf, die zum ersten Mal 1979 vorgenommen wurde: amerikanische Mittelstreckenraketen und deutsch-deutsche Beziehungen. Auf diese Verknüpfung haben Erich Honecker, Kurt Hager und Hermann Axen wiederholt drohend und mahnend hingewiesen: „Im Schatten von neuen USA-Atomraketen, die 1983 in der Bundesrepublik stationiert werden sollen, können gutnachbarliche Beziehungen zwischen der DDR und der BRD nicht gedeihen“ – so der Tenor (hier zitiert nach dem „Neuen Deutschland“ vom 22. September 1982, S. 2). Der ultimativen und kausalen Verknüpfung von verlangtem „Wohlverhalten“ der Bundesregierung bei amerikanischen Raketen und der Fortsetzung deutsch-deutscher Beziehungen ist entgegenzuhalten:

1. Der rechtliche Rahmen deutsch-deutscher Politik mit ihren Grenzen und Möglichkeiten umreißt der Grundlagenvertrag mit seinen Anlagen.
2. Weitere rechtliche und politische Grundlagen sind die Ostverträge, das Berlin-Abkommen, die UNO-Charta und die KSZE-Schlußakte von Helsinki.
3. In diesen genannten Dokumenten finden sich Voraussetzungen deutsch-deutscher Beziehungen.
4. In *keinem* dieser Dokumente findet sich der von der SED konstruierte Zusammenhang von Pershing II und deutsch-deutschen Beziehungen mit der ultimativen Alternative: bei Stationierung neuer amerikanischer Raketen keine Fortsetzung deutsch-deutscher Beziehungen.

5. Die Drohung der SED und die Verknüpfung von neuen amerikanischen Raketen und deutsch-deutschen Beziehungen ist daher rechtlich unzulässig, politisch willkürlich und droht, nicht nur die Grundlagen deutsch-deutscher Beziehungen zu stören, sondern könnte auch Einfluß auf die Ost-West-Entspannung insgesamt haben.

Erwartungen und Enttäuschungen als ständige Begleiter der deutsch-deutschen Beziehungen

Wer erwartet und gefordert hat, Deutschlandpolitik müsse Mauer, Schießbefehl und Tötungsautomaten schnell abbauen, wie dies erst jüngst der heutige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Peter Lorenz, in der Aussprache zum Bericht über die Lage der Nation formuliert hat, mußte enttäuscht sein. Enttäuscht nicht wegen der Versprechen der Bundesregierung, sondern wegen der ungerechtfertigten Erwartungen der Opposition. Wer erwartet hatte, daß die SED ihren Führungsanspruch oder die DDR ihr System aufgibt, daß sich die DDR so verhält, wie wir dies wünschen, der mußte enttäuscht sein. Doch diese Enttäuschung läßt sich auf Erwartungen zurückführen, die unangemessen waren. Diese Erwartungen sind eine Art von Wirklichkeitsverleugnung. Sie ignorieren im übrigen, was Repräsentanten dieser Politik immer gesagt haben: Nach dem Zustand von Nichtbeziehungen gibt es jetzt formalisierte Beziehungen, die schwierig bleiben und voller Rückschläge sein werden.

Deutsch-deutsche Beziehungen zwischen Erreichtem und Erreichbarem

Was in den deutsch-deutschen Beziehungen erreichbar ist, ist abhängig von Entwicklungen und Bedingungen, die nur teilweise von einer deutschen Bundesregierung beeinflußbar sind. Es wird auf Entwicklungen und Konstellationen ankommen, die wie folgt zu benennen sind:

1. Entscheidend ist der Verlauf der Ost-West-Beziehungen, in die die deutsch-deutschen Beziehungen eingebettet sind und von denen sie abhängig sind.
2. Das Verhalten der Sowjetunion, und hier insbesondere in der Nach-Breschnew-Ära.
3. Wichtig ist das Verhalten der amerikanischen Administration (sieht sie in deutsch-deutschen Beziehungen kooperativer Art eine Konterkarierung ihrer konfrontativen Ost-West-Politik?).
4. Abhängig sind die deutsch-deutschen Beziehungen vom Verhalten der DDR-Regierung und von der relativen Stabilität des DDR-Systems.
5. Schließlich werden die deutsch-deutschen Bezie-

hungen beeinflußt und bestimmt vom deutschlandpolitischen Ansatz und den Forderungen der jeweiligen Bundesregierung.

Dies sind im wesentlichen auch die Bestimmungsfaktoren, die die Grenzen und Möglichkeiten deutsch-deutscher Politik in den 80er Jahren umreißen.

Selbstblockierung

Inwieweit die Einbettung der deutsch-deutschen Beziehungen in die Ost-West-Beziehungen und ihre Abhängigkeit von der Art der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sind, keine abstrakte These ist, zeigt der Verlauf der Nachkriegsgeschichte. Aber auch die jüngste Geschichte liefert dafür ein Anschauungsbeispiel: Es ist bekannt geworden, daß die UdSSR seit einiger Zeit der Bundesregierung Entgegenkommen signalisiert hat bei den anhängigen deutsch-sowjetischen Verträgen über Wissenschaft und Technik sowie über Kultur. Die Verträge sind ausgehandelt und liegen seit geraumer Zeit „auf Eis“. Sie können vom Eis befreit werden durch eine für Bonn akzeptable Berlin-Einbeziehung.

Nun soll der Stand der sein, daß Moskau Bonn in der Frage einer Berlin-Einbeziehung so weit entgegengekommen ist, daß Bonn damit einverstanden sein kann. Doch Bonn, in diesem Fall das Auswärtige Amt unter Außenminister Genscher, verweist auf die USA und glaubt in der derzeitigen Situation, es sich nicht erlauben zu können, mit Moskau Kooperationsverträge abzuschließen, wo doch die amerikanische Administration auf Konfrontation und Bestrafung der UdSSR gesetzt habe, d. h. das Moskauer Angebot wird mit Rücksicht auf die Reagan-Administration abgelehnt. Deutsche Interessen werden hintangestellt.

Der Zusammenhang mit dem deutsch-deutschen Verhältnis ist der, daß in dem Moment, in dem die Bundesrepublik mit der UdSSR die Verträge über Wissenschaft und Technik abschließt, das zwischen beiden deutschen Staaten ausgehandelte Abkommen über Wissenschaft und Technik, das bislang wegen der strittigen Berlin-Einbeziehung nicht unterschrieben worden ist, sofort (DDR-Vertreter sagen „am nächsten Tag“) unterzeichnet werden könnte. Hier werden Zusammenhänge, aber auch Abhängigkeiten erkennbar – und möglicherweise vertane Chancen!

Die Kontinuitätsbehauptung

Die neue Bundesregierung ist zum „offenen und vorurteilsfreien Gespräch“ mit der DDR bereit und wünscht die deutsch-deutsche Vertragspolitik fortzu-

setzen. Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. Nov. 1982, S. 3, hat dies der Bundeswohnungsbauminister Schneider am 15. Nov. 1982 bei der Eröffnung der Ausstellung „Stadt-Park-Stadt“ in Magdeburg gesagt (Schneider war der erste Bundesminister der neuen Regierung in der DDR). Dies ist ein nachträgliches Kompliment für die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition von 1972/1982, denn die neue Regierung unter CDU/CSU/FDP will diese Politik fortsetzen.

Die Unionsvertreter in der Regierung sprechen sich für Verhandlungen mit der DDR aus „zur Verbesserung der Beziehungen und zur Erleichterung der Lage der Menschen“, so der zuständige Minister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel („Die WELT“, 6. 11. 1982, S. 4) und der für Deutschlandpolitik zuständige Minister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger. Barzel versichert, daß die neue Regierung „das Gespräch, nicht die Polemik, das Ergebnis, nicht die Schlagzeile“ suche. Er sucht damit etwas, was die sozialliberale Koalition praktiziert hat, das aber von der Union als Opposition kritisiert wurde.

Es habe keinen Sinn, so Jenninger, „die gegenseitige Durchsetzung von Rechtspositionen zum Gegenstand der innerdeutschen Beziehungen zu machen“. Der Bundesregierung gehe es „um praktische Ergebnisse“. Dies klingt gut. Nur: Dies hat die von der damaligen Opposition kritisierte Bundesregierung aus SPD und FDP gemacht. Es ging der Union während ihrer Oppositionszeit um die „Durchsetzung von Rechtspositionen“, wobei dies zu Lasten „praktischer Ergebnisse“ gegangen wäre. Die sozialliberale Bundesregierung erstrebte und erreichte praktische Ergebnisse, ohne Rechtspositionen aufzugeben. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Rainer Barzel, hat in einer Grundsatzrede zur Deutschlandpolitik am 11. November 1982 (vor dem

Innerdeutschen Ausschuß des Deutschen Bundestages) die Kontinuität deutsch-deutscher Verhandlungs- und Vertragspolitik unterstrichen („Kontinuität schließt die Arbeit der früheren Regierungen ein...“).

Das Kontinuitätsversprechen der jetzigen Bundesregierung sollte auch *in der Praxis* Ansatz und Methode der sozialliberalen Regierungspolitik einschließen. Hier steht der Test noch aus!

Perspektiven

Die deutsch-deutschen Beziehungen haben ihre besonderen Voraussetzungen und ihre spezifischen Probleme. Haben sie auch Perspektiven? Die Antwort hängt von Bestimmungsfaktoren (Ost-West-Beziehungen, Verhältnis USA-UdSSR u. a.) wie von den Erwartungen ab. Die Verhandlungsperspektive ist im Grundlagenvertrag genannt, im Art. 1 („normale gutnachbarliche Beziehungen“). Dies wäre schon sehr viel. Doch selbst davon sind wir noch weit entfernt (H. Schmidt). Dennoch sollte dies die Orientierung sein bei den Verhandlungen, wie bei den Erwartungen!

Bei den deutsch-deutschen Beziehungen geht es weniger darum, uns einen direkten Weg zur Wiedervereinigung auszudenken und alles andere als unzureichend anzusehen, sondern um die Frage: Was ist der nächste Schritt, was sind die nächsten Schritte, um die Teilung Deutschlands für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands erträglicher zu machen? Dazu diene die Vertragspolitik der 70er Jahre.

Deutsch-deutsche Vertragspolitik in den 80er Jahren steht und fällt mit unserer Fähigkeit und Bereitschaft, die DDR „in unserem politischen Verhalten, im politischen Denken und Trachten und Fühlen als einen gleichberechtigten Dauerpartner zu akzeptieren“ (so Günter Gaus im NG-Gespräch, Heft 8/1982, S. 720).

Wolfgang Baer: Die Union in der Verantwortung – Zur Deutschlandpolitik von Helmut Kohl und Rainer Barzel

Dr. Wolfgang Baer, Jahrgang 1938, ist Wissenschaftler und Publizist mit besonderem Interesse an deutschlandpolitischen Fragen.

Die Regierung Kohl/Genscher wird sich fragen lassen müssen, was sie nun eigentlich politisch wolle: Kontinuität oder Wandel, zumal Genscher seine Formel von der „Wende“ nicht aus dem inneren Zustand der FDP, sondern aus den angeblich zerrütteten Grundlagen der sozialliberalen Koalition abgeleitet hatte. Bereits in den ersten hundert Tagen der neuen Regierung schimmert nun durch, daß „Kontinuität“ zur geradezu auffallend eifrig beschworenen